

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Jürgen Egert MdB zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“: Eine deutliche Abfuhr für Blüm.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns zur sich abzeichnenden KSZE-Krise: Spielt Frankreich nun die Rolle Rumäniens?

Seite 4

Freimut Duve MdB zu Konsequenzen aus dem Jennings-Rücktritt: „40-Jahr“-Feiern überdenken.

Seite 5

Dr. Edith Niehuis MdB zum Wahlsieg von Benazir Bhutto in Pakistan: Ein historisches Ereignis.

Seite 6

43. Jahrgang / 221

18. November 1988

### Eine deutliche Abfuhr für Blüm

Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“ bestätigt SPD-Kritik

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission zur Vorbereitung einer Strukturreform im Gesundheitswesen eingesetzt. Diesem Beschluß lag die Einsicht zugrunde, daß die Probleme des Gesundheitswesens, der Kostenentwicklung, der Versorgungsqualität, der Steuerung und der Organisationsform der Krankenversicherungen nicht durch Flickwerk und kurzatmige Kostendämpfungs-Werkelei bewältigt werden können. Eine sorgfältige Analyse der Probleme - unter maßgeblicher Mitwirkung der Fachleute aus dem Wissenschaftsbereich - sollte zum Ausgangspunkt der Reformüberlegungen gemacht werden.

Der Gesetzentwurf aus dem Hause Blüm hat die Notwendigkeit dieser Überlegungen eindrucksvoll bestätigt. In seiner Dürftigkeit hinsichtlich der strukturellen Elemente und seiner handwerklichen Unzulänglichkeit zeigt er überdeutlich, daß hier zu hastig und ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer kurzatmigen Kostendämpfungspolitik gestrickt worden ist. Die Mängel in der Analyse und die Einfaltlosigkeit bei den Lösungen wenden sich ausschließlich gegen die Versicherten und Patientinnen und Patienten. Gegangen wird der Weg des geringsten Widerstandes, das heißt der Weg der Leistungskürzungen, Leistungsausgrenzungen und der Kostenverlagerung auf die Kranken durch Selbstbeteiligung. Statt den Konsens über die strukturellen Probleme und ihrer Lösungen auf der Basis fachlicher Analyse und Vorschläge zu suchen, kapitulierte man aus parteiegoistischen Gründen vor den Organisationen der Anbieter-Lobby.

Die vorliegenden Zwischen-Ergebnisse der Enquete haben in vielen Bereichen die von der SPD entwickelten Lösungsvorschläge zu Strukturfragen im Gesundheitswesen bestätigt: Ich nenne stellvertretend nur einige Beispiele:

1. Konsens bestand in der Kommission, daß angesichts der heute vor allem das Krankheitsspektrum bestimmenden chronischen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemischer Lignur  
mit verbleibten Rohstoffen  
Recycling-Papier



Krankheiten Prävention einen herausragenden Stellenwert als Aufgabe des Gesundheitswesens hat. Kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung auf Betriebs- und Gemeindeebene ist eine zentrale Voraussetzung rationaler Gesundheitspolitik. Dabei muß die Berichterstattung über gesundheitliche Risiken der Bevölkerung und über die gesundheitliche Versorgung die Schichtabhängigkeit von Gesundheitsgefahren und Versorgungsmängeln berücksichtigen. Zu den unspezifischen „Präventions“-Leistungen des Blüm'schen Gesetzentwurfs gibt es einen eindeutigen Kommentar: „Ein allgemeiner Gesundheits-check-up ist überflüssig.“ (Zwischenbericht Seite 73). Es wird der Verdacht geäußert, daß die „organisierte Nichtverantwortlichkeit“ im Bereich der Prävention mit dem GRG fortgesetzt wird.

2. Konsens bestand in der Kommission, daß im Hinblick auf eine bessere Bedarfsplanung alle Beteiligten mehr Entscheidungs- und Handlungsfreiheit erhalten müssen. Dabei war die Auflösung des Automatismus von ärztlicher Niederlassung und Kassenzulassung einer der zentralen Gesichtspunkte. Das von der SPD vertretene Modell der Ausschreibung von Versorgungsverträgen für die kassenärztliche Versorgung und ihrer Aushandlung auf der Basis vorab festgelegter Bedarfsgrößen entspricht den Erfordernissen der Kapazitätssteuerung und marktwirtschaftlichen Prinzipien im Rahmen der Selbstverwaltungsautonomie.

3. Konsens bestand in der Kommission, daß eine wirksame Kostendämpfung ohne Eingriffe in die Vergütungssysteme der niedergelassenen Ärzte und der Krankenhäuser nicht erreichbar ist. Die Kommission favorisiert dabei ein Konzept, bei dem die ärztliche Grundversorgung pauschaliert, die spezialärztliche Versorgung demgegenüber nach Einzelleistungen honoriert wird. Dies setzt voraus, daß der direkte Zugang der Patienten/innen grundsätzlich auf Ärzte der Primärversorgung beschränkt sein soll. Die gesetzestechnische Ausformulierung dieses Konzepts - einschließlich einer weitergehenden Veränderung der Einzelleistungs-Vergütungsform - ist in den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion zum GRG nachzulesen.

4. Eine Organisationsreform der GKV ist eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Die Unterschiedlichkeit der Risikostrukturen als Basis der auseinanderdriftenden Beitragssätze wurde von der Kommission ausführlich analysiert. Konsens war in der Kommission, daß der Zuweisungs- und Wahlmechanismus im Wettbewerb der Kassen grundlegend verändert werden muß, daß alle Versicherten gleiche Wahlrechte erhalten sollen und insbesondere Arbeiter und Angestellte endlich gleichbehandelt werden müssen. Die SPD hat durch ihr Modell einer vollständigen Wahlfreiheit für alle GKV-Mitglieder und einem kassenartinternen Finanzausgleich ein Lösungsmodell vorgelegt, das die Forderungen der Kommission einlöst. Die Blüm'sche „Reform“ schreibt dagegen die Ungleichgewichte und Verzerrungen im Wettbewerb der Kassen fort und verschärft sie sogar noch durch verschiedene Regelungen.

5. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Arzneimittelfestbeträge sind nach Auffassung der Kommission als Steuerungskonzept ungeeignet. Kritisiert wird vor allem ihre einseitige Ausrichtung auf das Preisproblem des Arzneimittelmarkts. Qualitative Aspekte der Arzneytherapie bleiben weitgehend unberücksichtigt. Aber selbst auf dieser Ebene kann es lediglich zu kurz- und mittelfristigen Entlastungseffekten für die Finanzen der Krankenversicherung kommen.

Die bisherige Diskussion um die Realisierungsmöglichkeiten der Festbeträge haben gezeigt, daß die Festlegung ein äußerst komplizierter Vorgang sein würde. Selbst in der Gruppe I (wirkstoffgleiche Medikamente) müßten für jeden einzelnen Wirkstoff eine Vielzahl unterschiedlicher Festbeträge

festgelegt werden. Dies führe zu einer weiteren Intransparenz des Marktes statt zu mehr Übersichtlichkeit. Für die übrigen Arzneimittelgruppen ist damit die Realisierbarkeit des Festbetragsmodells generell in Frage gestellt. Die Kommission hält daher Reformansätze für effektiver und wirtschaftlicher, die die qualitative Dimension der Arzneimitteltherapie in den Vordergrund stellen.

Darüber hinaus befürchtet die Kommission eine Diskriminierung der forschenden Arzneimittelhersteller: Die einseitige Förderung des Nachahmerwettbewerbs birgt die Gefahr in sich, daß es zwar kurzfristig zu einer Intensivierung des Preiswettbewerbs komme, langfristig aber die innovative Aktivität der Pharmaunternehmen in der Bundesrepublik stark eingeschränkt werde.

Die Kommission zieht daraus das folgende Fazit:

„Nach Auffassung der Kommission sind die Reformbemühungen bei der Arzneimittelversorgung auf die qualitativen Aspekte zu konzentrieren. Jenseits der staatlichen Zulassungsadministration ist daher eine gesonderte Zulassung für den Markt der gesetzlichen Krankenversicherung zu etablieren. Im Vordergrund stehen dabei die Realisierung von Positiv-Listen oder von Modellen direkter Preisverhandlungen zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und pharmazeutischer Industrie unter Einbeziehung qualitativer Aspekte der Therapie.“  
(Zwischenbericht Seite 319 ff.)

Eine deutliche Abfuhr für das „Glanzstück“ des Blüm'schen Entwurfs zur Gesundheitsreform und eine klare Unterstützung der von der SPD vertretenen Position in dieser Frage kann man sich schwerlich vorstellen.

Die im Zwischenbericht vorgelegten Analysen und Vorschläge der Enquete-Kommission zeigen - trotz des hohen Zeitdrucks, unter dem gearbeitet werden mußte -, wie kläglich die Vorlage des Arbeitsministers tatsächlich ist. Gemessen an den Ergebnissen und dem in der Kommission gemeinsam erarbeiteten Problemstand wirkt die Blüm'sche „Gesundheitsreform“ wie ein Sammelkatalog von ungelösten Aufgaben:

- Organisationreform der GKV: Fehlanzeige;
- Lösung der Kapazitätsprobleme in der ambulanten und stationären Versorgung: Fehlanzeige;
- verbesserte Abstimmung von Bedarf und Angebot, einschließlich der Qualitätsgesichtspunkte: Fehlanzeige.

Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission bestätigt: Es hätte Sinn gemacht, die Ergebnisse der Enquete abzuwarten. Hätten die Koalitionsfraktionen von Anfang an mit der aus der Sache gebotenen Ernsthaftigkeit konstruktiv in der Kommission mitgewirkt und ihre überhastete Gesetzesvorlage zurückgestellt, hätte es eine echte Chance gegeben, eine gemeinsame und wohlbegründete Initiative zu entwickeln, die die tatsächlichen Strukturprobleme im Gesundheitswesen angepackt hätte.

(-/18.11.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

Der KSZE droht eine Krise

Spielt Frankreich nun die Rolle Rumäniens?

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Während der Bundeskanzler nach seinen Gesprächen in Washington optimistisch davon spricht, daß die KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) „bei gutem Willen beider Seiten“ noch im November 1988 abgeschlossen werden und noch im Dezember 1988 die von der KSZE abhängende KRK (Konferenz über konventionelle Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural) von den Außenministern eröffnet werden könne, droht nun Paris, diesen Zeitplan platzen zu lassen. Völlig unerwartet strebt Frankreich neue Verhandlungen über die Verhandlungsstruktur einer KRK an. Seit Monaten war vereinbart, daß die Verhandlungen zwischen den 23 NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten in Wien geführt werden und die sogenannten NN-Staaten (die Neutralen und Nicht-paktgebundenen) über den Verlauf dieser 23-Konferenz unterrichtet werden und sie sogar ihre Vorstellungen „einbringen“ dürfen. Eine „Verbindung“ zur KSZE war also gesichert.

II.

Seit ein paar Wochen hatte man sich in dieser 23er-Runde auch im wesentlichen auf ein Mandat für die Verhandlungen geeinigt (mit einem kleinen Restposten, der aber bilateral zwischen der UdSSR und der Türkei ausgeräumt werden kann). Alles schien von einem ausgewogenen und substantiellen Schlußdokument der KSZE abzuhängen. Nachdem Rumänien lange Zeit eine Einigung verhinderte, aber dann Anfang November doch Zustimmung signalisierte, spitzte sich alles auf die Menschenrechtskonferenz in Moskau zu. Doch auch hier scheint sich eine Einigung anzubahnen, so daß dieses Schlußdokument der KSZE unterschrieben werden kann. Völlig überraschend - wohl auch für die Bundesregierung - erklärt nun Frankreich, man müsse erneut die vorliegenden Texte einer internen Überprüfung unterziehen.

Frankreich zeigt sich erstaunt über die „Dramatisierung“ in Wien, die das französische Begehren nach erneuter Prüfung ausgelöst habe. Man fügt hinzu, daß Frankreich keine Block-zu-Block-Verhandlungen wünsche (im Gegensatz zu den USA). Die jetzige Verhandlungsstruktur laufe jedoch auf Block-zu-Block-Verhandlungen hinaus. Frankreich hat sich in der Tat immer gegen eine Wiederholung der MBFR-Gespräche gewandt. Nur: Die Modalitäten, die man für die neue Konferenz über konventionelle Abrüstung in Europa gefunden hat, kamen mit Frankreich zustande. Wenn nun Paris plötzlich diesen Konsens infrage stellt, riskiert es auch einen Konflikt mit Bonn. Obgleich auch die Bundesregierung große Sympathien für das französische Verlangen nach einer „Verbindung“ mit der KSZE gezeigt hat, ist die Bundesrepublik wie kaum ein anderer westlicher KSZE-Staat an der baldigen Aufnahme der KRK-Verhandlungen interessiert, zumal diese „KSZE-Verbindung“ optimal gesichert ist.

III.

Die konventionelle Abrüstung ist dringlich und möglich! Die Konferenz über konventionelle Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural ist der große Test für die tatsächliche Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft von West wie Ost. Die Bundesrepublik muß ihren Einfluß auf Frankreich ausüben, damit nicht nur über die konventionelle Abrüstung geredet, sondern darüber ergebnisorientiert verhandelt wird! Wer eine vertrauensschaffende Sicherheitsstruktur in Europa will, muß sich dafür einsetzen, damit die Konferenz über konventionelle Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural so schnell wie möglich, auf jeden Fall noch in diesem Jahr, ihre Arbeit beginnt!

(-/18.11.1988/vo-ha/rs)

„40-Jahr“-Feiern überdenken

Konsequenzen aus Jenninger-Rücktritt ziehen

Von **Freimut Duve** MdB

Obmann der Arbeitsgruppe „Kunst und Kultur“ der SPD-Bundestagsfraktion

Die Ereignisse um den 10. November 1988 im Deutschen Bundestag mit dem Rücktritt des Bundestagspräsidenten, der von Mitgliedern aller Fraktionen gefordert worden war, mahnen Bundesregierung und Bundestag gleichermaßen, die Planungen und Vorbereitungen der Feiern zu den Gedenktagen im Jahr 1989 noch einmal zu überprüfen und zu überdenken. Wir können nun nicht zur Tagesordnung des „Jubiläumskalenders 1989“ übergehen, als sei nichts geschehen.

Dies gilt vor allem für die Würdigung des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges. Bislang hat es den Anschein, als wolle die Bundesrepublik Deutschland das Datum des 1. September, an dem ganz Europa des Überfalls auf Polen gedenken wird, durch den stolzen und feierlichen Rückblick auf „40 Jahre Bundesrepublik“ in den dunklen Schatten der Geschichte drängen.

Überprüfen müssen wir auch die bisherigen Planungen für die „40-Jahr“-Feiern selber. Soweit die Planung bisher bekannt ist, wird der Humus, aus dem unser Staat entstanden ist: Nazi-Diktatur und verlorener Krieg, kaum dargestellt. Keine einzige Veranstaltung in dem umfangreichen Katalog des BMI beschäftigt sich eingehender mit der NS-Zeit, deren Auswirkungen bis heute (und schmerzhaft) immer wieder zu spüren sind.

Wir respektieren die Vorbereitungsarbeiten des Beauftragten der Bundesregierung, des Parlamentarischen Staatssekretärs Waffenschmidt. Aber bisher scheinen sich die mit Millionenbeträgen ausgestatteten Bundesministerien auf Glanzfeiern und Eigenlob zu beschränken.

Wir erwarten, daß die angekündigte Beteiligung aller demokratischen Kräfte und aller politischen Parteien an den geplanten Veranstaltungen nicht im administrativen Treibsand verschwindet. Die SPD wird sich nicht zu einer pluralistischen Girlande bei einseitigen Jubelfeiern hergeben. Wir wollen feiern, was das zentrale Thema dieses Jubiläums sein sollte, wir wollen feiern, was wahrhaft neu ist:

40 Jahre offene Demokratie,

40 Jahre pluralistische Gesellschaft, und auch:

40 Jahre Kampf um den geistig richtigen Umgang mit zwölf Jahren Führerstaat und Nazi-Terror.

(-/18.11.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

Ein historisches Ereignis

Zum Wahlsieg von Benazir Bhutto in Pakistan

Von Dr. Edith Niehuis MdB

Mitglied im Bundestags-Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In Pakistan haben die Wählerinnen und Wähler das erste Mal in der Geschichte eine Frau an die Spitze eines islamischen Staates gewählt. Bei den Wahlen zur pakistanischen Nationalversammlung errang Benazir Bhutto, die Tochter des 1978 hingerichteten früheren Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto, mit ihrer Partei, der „Pakistan People's Party“ (PPP), nahezu die absolute Mehrheit.

Diese Wahl kann aus vielen Gründen als ein historisch bedeutsames Ereignis angesehen werden. Nach dem Putsch des im Sommer dieses Jahres bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Generals Zia ul-Haq im Jahre 1977 fanden in Pakistan das erste Mal wieder demokratische Wahlen statt. Und allem Anschein nach bleibt die in Pakistan mächtige Armee in den Kasernen, was hoffentlich auch so bleibt, wenn die Installation einer demokratisch gewählten Regierung in Pakistan nicht problemlos verlaufen sollte. Denn trotz des deutlichen Wahlsieges von Benazir Bhutto könnten sich Probleme abzeichnen.

Bis in den Sommer dieses Jahres hinein hatte Zia-ul-Haq die Islamisierung des Staates vorangetrieben. Im Juni ordnete er die Einführung der Scharia, des islamischen Rechts, als oberstes Gesetz des Landes an. Bei den Wahlen nun erlitt die regierende Moslem-Liga mit ihrer „Islamisch-Demokratischen Allianz“ (IDA) eine empfindliche Niederlage. Es bleibt abzuwarten, wie die bisher so mächtigen orthodoxen Moslems auf ihre Niederlage und insbesondere auf die Aussicht, mit Benazir Bhutto eine Frau als Regierungschefin zu bekommen, reagieren werden, sähen sie die Frauen doch lieber in schwarzen Burgas, verborgen vor der Öffentlichkeit. Wie schwer der Weg der von den Wähler/innen gewollten Regierungschefin sein wird, hängt in diesem Zusammenhang auch von der Bereitschaft des Präsidenten Ghulam Ischak Khan ab, seinen Sessel für eine Frau zu räumen.

Das Überleben der Demokratie in Pakistan hängt auch von der Wahlsiegerin selbst ab, die als charismatische Rednerin das Volk begeisterte, dann aber wird anfangen müssen, ihre Versprechen einzulösen. Im Wahlkampf stellte sie sich als Erbin ihres Vaters Zulfikar Ali Bhutto vor und beschwor Europas Sozialdemokratie als ihr Vorbild. Sie versprach die Herrschaft des Volkes, eine Regierung für die Armen und sagte dem Hunger, der Unwissenheit, der Arbeitslosigkeit und Unterdrückung ihren Kampf an. In einem Land wie Pakistan, in dem ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt und eine Oberschicht aus Großgrundbesitzern und Geschäftsleuten an der Macht ist, auch im neu gewählten Parlament, werden solche Versprechen nicht leicht einzulösen sein.

Genausowenig, wie durch die Wahl der Bhutto-Tochter die männerorientierte Gesellschaft verschwinden wird, werden die schweren Probleme des Landes durch eine Regierungschefin allein zu lösen sein. Hier werden mehrere bereit sein müssen, mitzuhelfen: (-/18.11.1988/vo-he/rs)